

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

130. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. Januar 2005,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Monika Schwalm (CDU)

Vorsitzende

Peter Eichstädt (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LaPLaG)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3472	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung	6
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3752	
3. Integration	7
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/973	
4. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk (NDR)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3899	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise	9
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3945 (neu)	

6. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten 10

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3852

7. Konkretisierung des Aktenvorlagebegehrens betreffend Christian Bogner 11

Antrag der Abg. Dr. Johann Wadehul (CDU) und Wolfgang Kubicki (FDP)
Umdruck 15/5404

8. Verschiedenes 12

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte Beratung über den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW zur Änderung des Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Schleswig-Holstein, Drucksache 15/3653; über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung (Parlamentsinformationsgesetz - PIG), Drucksache 15/3187 (neu), und die Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3188, von der Tagesordnung abzusetzen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes
(LaPLaG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3472

(überwiesen am 17. Juni 2004)

hierzu: Umdrucke 15/4665, 15/4669, 15/4670, 15/4676, 15/4691, 15/4696,
15/4737, 15/4746, 15/4758, 15/4767, 15/4786, 15/4810,
15/4811, 15/4813, 15/4820, 15/4826, 15/4832, 15/4940,
15/5001, 15/5027, 15/5205

Abg. Puls stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt sowohl von der Tagesordnung des Ausschusses als auch von der Tagesordnung des laufenden Plenums abzusetzen.

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und FDP diesem Verfahrensantrag zu. Er bittet damit den Landtag, die Beratungen über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes, Drucksache 15/3472, wieder von der Tagesordnung des Plenums abzusetzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3752

(überwiesen am 11. November 2004)

hierzu: Umdruck 15/5260 bis 15/5264, 15/5280, 15/5288, 15/5296, 15/5311,
15/5312, 15/5326-15/5332, 15/5334, 15/5338, 15/5344-
15/5346, 15/5348, 15/5349, 15/5353, 15/5354, 15/5356

Abg. Puls erklärt, da die SPD-Fraktion Teilen des von der FDP vorgelegten ergänzenden Änderungsantrages zustimmen wolle, bitte er um getrennte Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Umdruck 15/5356, zum einen über den Artikel 1 Nr. 4, der den Tierschutz betreffe, und zum anderen über Artikel 1 Nr. 5 und Artikel 2, die das ruhende Mandat betreffen.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

In der anschließenden Abstimmung beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, die im Änderungsantrag der FDP, Umdruck 15/5356, vorgeschlagene Ergänzung des Artikel 1 Nr. 4 zum Tierschutz anzunehmen.

Die Aufnahme des ruhenden Mandates in Artikel 1 Nr. 5 und Artikel 2 der Landesverfassung, Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Umdruck 15/5356, wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP abgelehnt.

Abg. Puls erklärt, die SPD-Fraktion nehme die vorgeschlagene Änderung aus dem FDP-Antrag zum Tierschutz in ihren Gesetzentwurf auf.

Der Ausschuss empfiehlt den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Verfassung, Drucksache 15/3752, mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP dem Landtag in der so geänderten Fassung zur Annahme.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Integration

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/973

(überwiesen am 30. Mai 2001 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/1182, 15/1205, 15/1694, 15/1870, 15/1871, 15/1926, 15/1927, 15/1938, 15/1939, 15/1960 (neu) bis 15/1963, 15/1967, 15/1968, 15/1970, 15/2000, 15/2233, 15/2251 bis 15/2253, 15/2258, 15/2267, 15/2275, 15/2300, 15/2316, 15/2369, 15/2381, 15/3062, 15/3406, 15/3616

Abg. Puls weist noch einmal darauf hin, dass es sich bei dem von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Änderungsantrag, Umdruck 15/3616, um eine Zusammenfassung der Beschlussempfehlungen des beteiligten Wirtschaftsausschusses und des beteiligten Bildungsausschusses handele.

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP dem Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 15/3616, zu.

Er empfiehlt dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU Integration, Drucksache 15/973, in der so geänderten Fassung mit dem gleichen Stimmenverhältnis zur Annahme.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk (NDR)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3899

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk (NDR), Drucksache 15/3899, unverändert anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise

Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3945 (neu)

hierzu: Umdrucke 15/5336, 15/5337

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise, Drucksache 15/3945 (neu).

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3852

(überwiesen am 17. Dezember 2004 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/5372 bis 15/5374, 15/5377, 15/5383, 15/5388, 15/5391, 15/5395

Abg. Puls schlägt vor, dass sich der Ausschuss der Empfehlung des federführenden Sozialausschusses anschließt.

Der Ausschuss schließt sich mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP der vom federführenden Sozialausschuss ausgesprochenen Empfehlung an das Plenum zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten, Drucksache 15/3852, an.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Konkretisierung des Aktenvorlagebegehrens betreffend Christian Bogner

Antrag der Abg. Dr. Johann Wadephul (CDU) und Wolfgang Kubicki (FDP)
Umdruck 15/5404

hierzu: Umdrucke 15/5366, 15/5398, 15/5400, 15/5405

Abg. Dr. Wadephul erklärt, dass er mit dem Antwortschreiben des Ministeriums, Umdruck 15/5405, auf sein letztes Schreiben mit der Bitte um Nachlieferung bestimmter Aktenteile nicht ganz einverstanden sei. Zwar sei ein gewisses Entgegenkommen des Ministeriums zu erkennen, dennoch könne er nicht nachvollziehen, warum die Aktenteile nicht vollständig an den Ausschuss übersandt werden könnten, denn es gebe mit der Geheimschutzordnung des Landtages ausreichend Möglichkeiten, Vorkehrungen zu treffen, falls besondere Geheimhaltungsstufen für diese Aktenteile erforderlich seien. Er hoffe, dass man auch ohne die Durchführung des formalen Verfahrens, der Einberufung des Einigungsausschusses, zu einer Lösung kommen könne und bittet deshalb das Ministerium, noch einmal etwas zum Rechtsstand auszuführen.

St Diederich weist darauf hin, dass das Ministerium mit der Aktenübersendung mit Schreiben vom 21. Dezember 2004 dem Aktenvorlagebegehren des Ausschusses schnell und zügig nachgekommen sei. Es gebe zwei Punkte, die das Ministerium veranlasst habe, Schwärzungen vorzunehmen, Fehlseiten einzufügen oder Aktenteile dem Ausschuss nicht zur Verfügung zu stellen. Dies gelte zum einen für Aktenteile, die nicht im Zusammenhang mit dem Fall Christian Bogner stünden, zum anderen, wenn schutzwürdige Interessen Dritter berührt seien.

Zu der in dem neuerlichen Antrag vom 25. Januar 2005 konkret bezeichneten Akten sei festzustellen, dass die ersten 60 Seiten dieser Akte, die den Fall Christian Bogner betreffen, dem Ausschuss bereits vorgelegt worden seien. Sollte im Ausschuss jetzt beschlossen werden, das Akteneinsichtsbegehren des Ausschusses dahin gehend zu erweitern, auch den restlichen Teil der Akte zur Verfügung gestellt zu bekommen, werde entsprechend den Vorgaben des Artikel 23 der Landesverfassung und den Richtlinien des Bundesverfassungsgerichtes durch das Ministerium zu prüfen sein, ob hinsichtlich der weiteren Seiten schutzwürdiger Interessen Dritten berührt seien und dementsprechend Schwärzungen vorgenommen werden müssten.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Konkretisierung des Aktenvorlagebegehrens betreffend Christian Bogner wie im Antrag der Abgg. Dr. Johann Wadephul und Wolfgang Kubicki auf-

geführt, Umdruck 15/5404, neben den Antragstellern Abg. Dr. Wadephul und Abg. Kubicki auch die Unterstützung der Abg. Schwalm, Abg. Puls, Abg. Eichstädt, Abg. Schlosser-Keichel, Abg. Schümann, Abg. Schlie, Abg. Lehnert, Abg. Fröhlich und Abg. Hinrichsen habe und damit die nach Artikel 23 Abs. 2 Satz 2 Landesverfassung erforderliche Unterstützung finde.

Im Zusammenhang mit einem Hinweis von RD Dr. Caspar vom Wissenschaftlichen Dienst erklärt St Diederich, dass es sich eigentlich um eine Erweiterung des ursprünglichen Aktenvorlagebegehrens des Ausschusses handele. Diese werde jetzt vom Ministerium geprüft.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 14:30 Uhr.

gez. Monika Schwalm
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin